

Israels zweite Staatsräson

von Reiner Bernstein*

Fünf Jahre nach ihrer erstmaligen Zusage vor den Vereinten Nationen und vier Jahre nach dem Auftritt der Bundeskanzlerin vor der Knesset ist das Wort von der deutschen Staatsräson für die Sicherheit des Staates Israel in aller Munde. Anlass bieten die Bemerkungen des Bundespräsidenten in einem ZEIT-Interview und während seines viertägigen Aufenthalts in Jerusalem und in Ramallah, die vielfach als Distanzierung von Angela Merkels vollmundiger Zusicherung verstanden worden sind.

Diese Interpretation ist weit hergeholt. Schon deshalb entbehrt sie der Grundlage – Joachim Gaucks Suche nach eigenem Profil hin oder her –, weil der Bundespräsident die beiden Wurzeln der Berliner Nahostpolitik nicht angetastet hat: auf dem international absegneten Dogma der 2-Staaten-Lösung für den israelisch-palästinensischen Konflikt zu beharren sowie sich nicht zum Lehrmeister der Jerusalemer Regierung aufschwingen zu wollen; vielmehr sei gegenüber der Siedlungspolitik deutsche Zurückhaltung angezeigt. Beide Aussagen lassen Benjamin Netanjahu freie Hand und verweigern sich einem tieferen Verständnis der israelischen Politik.

Denn das Verhältnis zu den Palästinensern gehört längst zur israelischen Innenpolitik, in die Einmischungen von außen nicht erlaubt sind. Endgültig nach 1967 ist das zionistische Ethos von einem säkularen und demokratischen Israel von einer anderen Staatsräson abgelöst worden: Sie beruft sich auf die biblische Verheißung des Landes Israel.

* Abgeschlossen am 02. Juni 2012 nach Rückkehr von einem vierwöchigen Aufenthalt in Jerusalem und Ramallah.

Gauck selbst hat in seinem Interview das Vollkommene in der Politik bemüht, „theologisch gesprochen, de[n] Schalom“, und im Blick auf den Islam in Europa die kritische Frage gestellt, wo denn bei ihm die Aufklärung und die Reformation geblieben seien. In Jerusalem dürfte ihm nicht entgangen sein, dass in der dortigen jüdischen Bevölkerung beide historischen Prozesse der Vergangenheit angehören und sich stattdessen Traditionen ausgebreitet haben, die stark an die Kulturen im russischen Ansiedlungsrayon der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts erinnern.

Bei aller Rivalität innerhalb der religiösen Orthodoxie, die sich für fremde Besucher als seltsam ausnimmt, ist ihr eines gemeinsam: die innere Verpflichtung auf den „Friede“ aus dem Geist Gottes in Abkehr vom „Frieden“ aus Menschenhand. Muss einem deutschen Pfarrer der Abschied von Rationalität und politischer Vernunft in Erinnerung gerufen werden, wie er auch im 1. Brief des Paulus an die Korinther „Wir aber haben nicht empfangen den Geist der Welt, sondern den Geist aus Gott, dass wir können, was uns von Gott geschenkt“ festgehalten ist?

In den Meinungsumfragen findet ein Staat Palästina nur insoweit Zustimmung, als er politisch-territoriale Kompromisse in Jerusalem vollständig und in der Westbank überwiegend hinnimmt. Die einst von Aharon David Gordon (1856 – 1922) verkündete „Erlösung durch Arbeit“ – die „jüdische Diesseitigkeit, die der Materie nicht ausweicht“ (Viktor Kellner) – hat der „Erlösung des Bodens“ Platz gemacht. Aus der einstigen Klage gegen Gott „Du bist ewig, Du kannst warten. Vergib Deinen Kindern also, wenn sie das Nahen des Tages beschleunigen“ ist eine Synthese entstanden, die die Dynamik der Siedlungspolitik prägt und für die Irreversibilität der „facts on the ground“ sorgt.

„Sicherheit“ ist mehr als ein militärisch-strategisches Konzept. Mit seiner religiösen Konnotation hält sich Netanjahu Optionen offen, indem er die ethische Seriosität seiner auswärtigen

Gesprächspartner bezweifelt, sich unter Berufung auf die wechselvolle Geschichte des jüdischen Volkes die Zeit für fortgesetztes Handeln einkauft und die fremde Unterstützung zur Verteidigung Israels zurückweist – solange die Waffenlieferungen gewährleistet sind. Ehud Baraks jüngster Versuchsballon eines einseitigen Teilrückzugs hat nichts mit einem Souveränitätsverzicht auf die Westbank zu tun. Für den Fall, dass die Regierung ihre Partner in Berlin und anderswo damit nicht mehr überzeugt, lenkt sie gegenwärtig auf den Iran ab. Die Hilflosigkeit der internationalen Staatengemeinschaft, dem Morden in Syrien Einhalt zu gebieten, liefert zusätzliche Ermutigungen, die Durchsetzung der eigenen politischen Prioritäten zu intensivieren.

Nach dem Ende aller Planungen zugunsten einer Zweistaatenregelung und der Realitätsferne eines gemeinsamen jüdisch-arabischen Staates in den vergangenen Jahrzehnten wird die Zukunft des israelisch-palästinensischen Konflikts auch davon abhängen, ob sich die internationale Diplomatie von ihren mathematischen Regelungsformeln à la „Road Map“ löst, um David Ben-Gurions Proklamation aus den frühen 1950er Jahren „Sie reden, wir handeln“ keinen weiteren Beweis zu liefern.

.....